



PRESSEINFORMATION

25. März 2021

Nachhaltige Stadtentwicklung als lokale Gemeinschaftsaufgabe

BERLIN – Die Bemühungen um eine nachhaltigere Entwicklung von Städten und Gemeinden sind ungebrochen und während in Städten einerseits die meisten Ressourcen verbraucht werden, bilden sie andererseits den Raum für Experimente und Innovationen zur nachhaltigen Entwicklung. In einer Studie wurden die Potenziale und Herausforderungen von zivilgesellschaftlichen Initiativen als Akteure und Partner einer nachhaltigen Stadtentwicklung in vier Städten beispielhaft untersucht. Abschließend wurden praktische Handlungsansätze für Kommunen und Initiativen erarbeitet.

Nachhaltige Stadtentwicklung als Querschnittsaufgabe, die Vermittlung und Übersetzung erfordert

Es zeigt sich, dass Transition-Town-Initiativen und Kommunalpolitik sowie -verwaltung fruchtbare und effektive Partnerschaften aufbauen können, um an einer nachhaltigen Entwicklung in Städten zu arbeiten. Dies ist jedoch voraussetzungsvoll. So hat die Studie des Leibniz-Instituts für ökologische Raumentwicklung (IÖR) im Auftrag des vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. gezeigt, dass institutionelle Schnittstellen in den Städten besonders wichtig sind, damit die Initiativen mit Politik und Verwaltung zusammenarbeiten können.

Dort, wo der politische Rückhalt für die nachhaltige Stadtentwicklung hoch, die Bereitschaft für partizipative Prozesse vorhanden und in den Verwaltungen ressourcenstarke und mit einem entsprechenden Mandat ausgestattete Akteure angesiedelt sind, konnten vielversprechende Kooperationen beobachtet werden. Auch die Professionalisierung der zivilgesellschaftlichen Transition-Town-Initiativen und das individuelle Engagement von Schlüsselpersonen spielt für gelingende Kooperationsprozesse eine wichtige Rolle.

Formalität und Konformität stehen teilweise Offenheit und Flexibilität gegenüber

Wie erfolgreich sich eine Kooperation zwischen Initiativen und Kommunen gestaltet, hängt auch vom jeweiligen Themenfeld und den entsprechend dazugehörigen hoheitlichen Aufgaben ab. Während z. B. im Bereich Mobilität in der Konsequenz eine grundlegend andere Verkehrspolitik und -planung notwendig wäre, lässt sich eine urbane Landwirtschaft hingegen durch Gemeinschaftsgärten auf privaten Flächen verwirklichen. Die rechtlichen Rahmenbedingungen, die durch EU-, Bundes- und Landespolitik definiert werden, können eine nachhaltige Stadtentwicklung behindern, wenn sie das nicht nachhaltige Handeln regulatorisch festschreiben (z. B. Stellplatzverordnung).

Handlungsansätze für Partnerschaften in der nachhaltigen Stadtentwicklung

Aus den Ergebnissen des Projekts lassen sich verschiedene Handlungsansätze ableiten und begründen, die sich an Initiativen, Kommunen oder beide richten. Diese beinhalten für Initiativen beispielsweise die politische Mobilisierung durch zivilgesellschaftliche Petitionen und den Ausbau des Wissens rund um Fördermittel und -strukturen. Handlungsansätze, die sich auf Kommunen beziehen, umfassen z. B. die Etablierung einer Nachhaltigkeitsberichterstattung und die Interpretation von rechtlichen Rahmenbedingungen als Suche nach Lösungen.

Die Autorinnen und der Autor der Studie schließen mit der Bemerkung: „Die wirklich kritischen Themen und tiefgreifenden Veränderungen (z. B. Mobilitätswende) stehen erst noch an, zumindest was die kooperative Umsetzung jenseits von politischen Absichtserklärungen angeht. Insofern bleibt zu wünschen, dass die mühsam und mit viel Engagement von beiden Seiten aufgebauten Partnerschaften in belastbare Strukturen überführt und weiter gestärkt



werden, unter anderem um sie resilient gegenüber personellen Veränderungen zu machen, aber auch, um die tatsächliche Wirksamkeit mit Blick auf die angesprochenen Herausforderungen zu erhöhen.“

Das Projekt knüpft an die vhw-Forschung zur Rolle von [Intermediären in der Stadtentwicklung](#) und [sozialer, nachhaltiger Stadtentwicklung](#) an.

Downloads:

- [Ehnert, F., Egermann, M., Betsch, A. \(2021\): Neue Partnerschaften in der nachhaltigen Stadtentwicklung? Potenziale von Transition-Town-Initiativen, vhw-Schriftenreihe 23. Berlin](#)
- [Zusammenfassung/Executive Summary](#)

Weitere Informationen:

Das **Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR)** ist eine außeruniversitäre Forschungseinrichtung im Bereich der Raumwissenschaften und Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Das IÖR befasst sich in seiner Arbeit mit der nachhaltigen Entwicklung und Transformation von Städten und Regionen im Kontext der globalen human-ökologischen Krise. [www.ioer.de]

Der **vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.** ist ein gemeinnütziger Verband. Er engagiert sich durch Fortbildung und Forschung in den Handlungsfeldern Wohnen und Stadtentwicklung für die Leistungsfähigkeit der Kommunen, eine vielfältige Bürgergesellschaft sowie die Stärkung der lokalen Demokratie. Die Forschungsabteilung des vhw e. V. untersucht Grundlagen nachhaltiger Stadt- und Quartiersentwicklung, lokale Steuerungs- und Kommunikationsprozesse und arbeitet unmittelbar mit Akteuren vor Ort daran, Teilhabe und Co-Produktion von Stadt in der Praxis möglichst inklusiv zu gestalten und an das repräsentativ-demokratische System anzubinden. [www.vhw.de]

WISSENSCHAFTLICHER ANSPRECHPARTNER

Christian Höcke, Wissenschaftler vhw e. V.

E choecke@vhw.de

ANSPRECHPARTNERIN FÜR DIE PRESSE:

Referat Öffentlichkeitsarbeit des vhw | Wissenschaftskommunikation

Laura Marie Garbe

T 030 390 473-175

E lgarbe@vhw.de